57. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 10 Pfennig.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 233

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Freitag, 18. Mai 1928

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Vor einer Schlacht um Peking.

Tschangtsolin stellt sich den vereinten Südarmeen.

Boykottdrohung Südchinas gegen Japan. — Der Gegensatz Feng—Nanking.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

SCHANGHAI, 18. Mai.

Nach englischen Meldungen erscheint ein erneutes Vorgehen der Nordarmee möglich, falls die Japaner sich ruhig verhalten. Fengjuhsiang wird von Tschangtsolin als Hauptfeind bezeichnet. Es wird eine grosse Schlacht an der Eisenbahnlinie Peking—Hankau zwischen den Nordtruppen und den Truppen Fengjuhsiangs und Jenshischans erwartet. Eine Konferenz der Handelskammern von Schanghai, Nanking, Ninpo, Kiukiang, Futschau, Swatau, Amoi, Tschangsha und Kanton ist für den 25. Mai in Schanghai angesagt, die Boykottmassnahmen gegen Japan beschliessen soll. Nationalistische Studenten bereisen das Land, um es gegen Japan aufzustacheln. Die Nankinger Regierung ermahnt zur Mässigung.

LONDON, 18. Mai.

In Peking herrscht Ruhe. Truppen durchziehen die Stadt, über die das Kriegsrecht verhängt ist. Nach 10 Uhr abends darf niemand die Strasse betreten. Die in Peking lebenden Ausländer sind von ihren Gesandtschaften aufgefordert worden, sich nach dem Gesandtschaftsviertel zurückzuziehen, falls es zu Unruhen in der Stadt kommen sollte. Zu Zusammenstössen zwischen Truppen Tschangtsolins und nationalistischen Armeeabteilungen ist es bisher noch nicht gekommen. Die Nationalisten scheinen die freiwillige Räumung Pekings und Tientsins abwarten zu wollen. Die vor einigen Tagen veröffentlichte Meldung, dass die Südtruppen unmittelbar vor Tientsin und Peking stehen, stellt sich als nicht zutreffend heraus. Die Armee Tschangtsolins hat 60 Meilen südlich Tientsins sehr feste Stellungen bezogen. An der Peking-Front ist Pastiangfu noch immer von Truppen Tschangtsolins besetzt, die den Rückzug seiner Armee decken. Der „Times"-Korrespondent in Peking hält es nicht für ausgeschlossen, dass im Laufe der nächsten Tage eine vollkommene Aenderung der gegenwärtigen militärischen Lage eintritt. Tschangtsolin, der darüber empört sein soll, dass die Nationalisten es nicht für nötig gehalten haben, auf seinen Friedensappell zu antworten, soll den Befehl zu einem allgemeinen Angriff auf die nur langsam vorrückende nationalistische Armee erteilt haben. Die Beziehungen zwischen der Nanking-Regierung und General Feng verschlimmern sich täglich. Feng hat entgegen den Absichten der Nanking-Regierung den ihm ergebenen General Sunliangtschen, den Kommandeur der Kansu-Kavallerie, zum Vorsitzenden der Provinzialregierung Schantungs ernannt, während die nationalistische Regierung bereits vor der Besetzung Schantungs die Bildung einer Verwaltung mit Hilfe von ihr ergebenen Beamten vorbereitet hatte.

Die japanische Regierung ist entschlossen, ein Uebergreifen des chinesischen Bürgerkrieges nach der Mandschurei auf jeden Fall zu verhindern.

Das japanische Kabinett hat daher in seiner letzten Kabinetssitzung beschlossen, dass sie ein Vordringen nationalistischer Streitkräfte über die Linie Tschaojang-Schanhaikwan nicht dulden könne.

Den Truppen Tschangtsolins würde gestattet werden, sich nach ihrer Heimatprovinz zurückzubegeben. Wenn aber die Nationalisten sie verfolgen sollten, so müssten beide von den Japanern entwaffnet werden. Die beiden erwähnten Orte liegen auf chinesischer Seite in unmittelbarer Nähe der Grenze der Mandschurei. Andererseits sind aber die Japaner bereit, den Nationalisten den Durchmarsch durch Tsinanfu zu gestatten, wenn sie für die Zwischenfälle von Tsinanfu der japanischen Regierung die geforderte Genugtuung geben. Etwa 100 000 Mann der Armee Tschiangkaischeks sind durch die Besetzung Tsinanfus durch die Japaner am weiteren Vormarsch verhindert.

*

Die militärische Besetzung der Linie, die sich von Schanhaikwan im Golf von Liautung nach Tschaujang im Nordosten von Mukden hinzieht, würde die Sperrung der Mandschurei gegen die Truppen des Südens, wenn diese bereits im Besitze der Provinz Tschili mit ihrer Hauptstadt Peking sind, bedeuten. Japan beabsichtigt damit eine Sicherung der Mandschurei, die es als sein Interessengebiet betrachtet, gegen die Ausbreitung der militärischen Macht des Südens. Mit der Sühne für den Zwischenfall von Tsinanfu steht diese Vorkehrung nur sehr indirekt im Zusammenhang.

Die Besserung im Befinden Stresemanns hält weiter an. Der Minister hat die Nacht verhältnismässig gut verbracht. Die Nierentätigkeit ist befriedigend. Der englische Premierminister Baldwin hat sich durch die hiesige Botschaft nach dem Befinden des Aussenministers erkundigen lassen; ebenso der Präsident der Vereinigten Staaten, Coolidge. Der französische Aussenminister Briand hat durch Professor Hesnard ebenfalls über das Ergehen Stresemanns Erkundigungen eingezogen und ihm seine Wünsche für eine baldige Genesung ausgesprochen. Die grosse Teilnahme aller Volkskreise zeigt sich darin, dass stündlich Briefe in der Villa des Aussenministers eintreffen, in denen dem Minister von allen Seiten Vorschläge unterbreitet werden, wie er seine Heilung beschleunigen könne. (Vergl. Seite 2.)

Die neue Reichskanzlei.

Feierliche Grundsteinlegung.

Heute mittag 12½ Uhr fand die feierliche Grundsteinlegung des Neubaues der Reichskanzlei, in der Wilhelmstrasse, statt. Der Reichspräsident verlas zunächst die Urkunde, die in den Neubau eingefügt wird. Sodann hielt Reichskanzler Dr. Marx eine längere Ansprache. Dann folgten die Hammerschläge, durch die der Neubau symbolisch eingeweiht wurde. Diese wurden nacheinander vollzogen vom Reichspräsidenten, vom Reichskanzler, vom Reichstagspräsidenten Loebe, vom Ministerpräsident Braun, vom Vizekanzler Hergt, Gesandten von Preger, Oberbürgermeister Böss, Staatssekretär Pünder, Professor Dr.-Ing. Siedler und Oberbaurat Gross.

*

Eine interessante politische Note erhielt die würdevolle Feier durch den verschiedenen Charakter der Sprüche, die zu den traditionellen Hammerschlägen gesagt wurden. Der Reichstagspräsident Löbe betonte „den neuen Geist im neuen Reich". Der preussische Ministerpräsident Braun gab der Erwartung Ausdruck, dass das Verhältnis zwischen dem Reich und Preussen eine festere staatsrechliche Verbindung erhalten möge. Für den Reichsrat legte der bayerische Gesandte von Preger einen besonderen Ton auf das Recht der einzelnen Länder, während der ihm folgende Oberbürgermeister Böss in erster Linie eine starke Reichsgewalt verlangte. Der Vertreter des Reichskanzlers, Justizminister Hergt, setzte die Gerechtigkeit in die Mitte seines Spruches.

Das äussere Bild der Feier entsprach ganz der Einfachheit der republikanischen Grundsätze. Die den Platz rings umgebenden kahlen Wände sind wirkungsvoll durch einen Wald von Fahnen verdeckt worden, in dem alle Länder des Reiches vertreten sind. Zunächst das Reich selbst, dessen schwarzrotgoldene Fahne vom Dach eines grossen Empfangszeltes herabhängt, das für den Reichspräsidenten und die Ehrengäste an der Stirnseite des Platzes nach der Voesstrasse zu errichtet wurde. Das Zelt ist mit Girlanden in den Reichsfarben geschmückt. Die Fahne zeigt auf goldgelbem Grunde den rotumrahmten Reichsadler. Mit ähnlichen Fahnen an hohen Masten sind beide Stirnseiten des Platzes bedeckt, während an den beiden Längsseiten die Fahnen der Länder wehen. Sie tragen im oberen Teil das Wappen des betreffenden Landes, darunter die Landesfarben.

Der Grundstein befindet sich in der Mitte des Platzes; daneben erblickt man einen besonderen Platz für den Handwerksmeister. Auf der Wilhelmstrasse stauen sich Massen von Zuschauern, obschon von dem Platz von aussen nichts zu sehen ist als der den Bauzaun überragende Fahnenwald.

*

Nach der Feier folgten der Reichspräsident und die Gäste der Einladung des Reichskanzlerpaares zu einem Frühstück im Reichskanzlerhause. Während dieses Frühstücks hielt der Reichskanzler eine weitere Ansprache.

Farbe bekennen!

Ein Wort an die Frauen.

Von

Dr. Marie Elisabeth Lüders,

Reichstagskandidatin im Wahlkreis Potsdam II.

In den Stunden höchster Gefahr, von dem Vernichtungswillen äusserer Feinde bedroht, von der verzweifelten Leidenschaft innerer Kämpfe erschüttert, wurden die Frauen zu vollberechtigten und vollverantwortlichen Staatsbürgern erklärt, wurden sie zu Hilfe gerufen in dem grossen staats- und nationalpolitischen Ringen um den Bestand des Deutschen Reiches. Ihr von Natur auf Erhaltung und nicht auf Zerstörung gerichteter Sinn, ihr von Natur auf Ausgleich und nicht auf Gewaltsamkeit gerichteter Wille sollte helfen, schützende Wälle gegen die von aussen und innen andrängende Flut, neue Fundamente für den wankenden Bau zu errichten.

Vielleicht nur wenigen unter den Berufenen ist schon damals der ganze Inhalt ihrer neuen Mission zu Bewusstsein gekommen, nur wenige werden den tiefen Zusammenhang dieser Mission mit ihrer weiblichen Natur instinktiv empfunden haben, noch wenigere aus ihr heraus sicher und bewusst den Weg zur Politik und ihren besonderen Weg in der Politik gefunden haben. Kein Wunder — hatte es doch der alte Staat für der politischen Weisheit letzten Schluss gehalten, mehr als die Hälfte des deutschen Volkes verfassungsmässig von aller politischen Verantwortung auszuschliessen; anstatt Staatsbürger zu werben und zu erziehen, bestenfalls gleichgültige, viel öfter aber verdrossene Untertanen von sich zu stossen.

Und wie viele Frauen hatten ihre politische Einreihung unter Lehrlinge und Geschäftsunfähige sogar als ein Kompliment vor ihrem Frauentum, als ritterlichen Schutz vor ihrer im politischen Leben angeblich bedrohten Weiblichkeit gedankenlos hingenommen, hatten sich an dem Kampf gegen jene Frauen beteiligt, die ihnen aus der Verpflichtung, Bürger sein zu wollen, das Recht erstreiten wollten, Bürger sein zu dürfen.

Wie viele Männer und Frauen — die einen in überheblicher Verwechslung von Muskelkraft mit Geistesgaben, die anderen in missverstandenem, seiner selbst unsicheren Autoritätsglauben erzogen —, begriffen es nicht, dass jener zähe Kampf um das Staatsbürgertum der Frau ein Kampf war für Deutschlands Zukunft. Das haben die meisten erst erkannt, nachdem sie kurz vorher — auch in der Not! — begriffen hatten, dass Deutschland besser täte, „nur noch Deutsche" zu kennen, und sich nicht künstlich Millionen helfender Hände und staatsbejahender Willen zu berauben. —

Neun lange, schwere Jahre sind vergangen, seitdem Frauen das politische Geschick Deutschlands verantwortlich mitgestalten. Und noch immer stehen viele abseits, noch immer glauben viele, dem Lande am besten zu dienen, wenn sie auf eigenen politischen Willen verzichten, oder dessen Richtung von aussen her, von Parteidoktrinen, Interessentengruppen oder persönlichen Ambitionen sogenannter „starker Männer" bestimmen lassen. Diese Ergebenheit politischer „Käthchen" in den Willen „hoher Herren" ist mehr bequem als nützlich, sie ist ein unverantwortlicher Verzicht auf die Erfüllung staatsbürgerlicher Verpflichtungen, sie ist Drückebergerei vor der eigenen Verantwortung. Auf diese weiblichen Halbbürger weisend, warten nur zu viele ehemalige „Stützen von Thron und Altar" — von denen allerdings einige bei dem herannahenden politischen Erdbeben sicherheitshalber durch die Lüfte flogen — auf den günstigen Augenblick, das staatsbürgerliche Feld wieder allein zu behaupten. Dieses Feld, das sie als Kampfplatz gegeneinander gehetzter Parteien, Klassen, Stände und Rassen erhalten möchten, ohne Rücksicht auf die Bedrohung des inneren Friedens, ohne Einsicht in die Gefahr innerpolitischer Zerrissenheit für Deutschlands nationale Kraft und weltpolitische Geltung. Täglich zerschlägt man so viel politisches Geschirr wie nur möglich, und dann wundert man sich, wenn die eigene Nation an der für die fremden Völker gedeckten Tafel verhungert.

Diesem Treiben Einhalt zu gebieten, ist Aufgabe der Frau, nicht um für sich persönlich oder für ihr Geschlecht diesen oder jenen augenblicklichen Vorteil zu erringen, sondern um dem Jahrhunderte alten Sehnen Gestalt zu geben: um das deutsche Volk zu einer Nation zusammenzuschliessen, um den Vorspruch der Verfassung zu erfüllen: „das deutsche Volk einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Frieden und Freiheit zu erneuern". Männer allein haben den Weg zur Nation nicht gefunden; die besten haben ihre Kraft in diesem grössten „deutschen" Kampf zerrieben, gezerrt und gefesselt von all den Superklugen, die vor „Erwägungen" das Denken verlernt haben; von all den Geschäftemachern, die für ein paar Meilen Land, für ein paar Privilegien mehr bereit waren, Deutschland zu verschachern; von all den Lauen und Halben, die gestern aus Angst vor Fürsten, heute aus Furcht vor der „Gesellschaft" nicht wagen, Farbe zu bekennen.

Sehen die Frauen nicht, wie diese selben Kräfte am Werk sind, den Deutschen auch weiterhin den